Saarbrücker Zeitung

SZ+ Tag des Flüchtlings

Nach erneuter Besichtigung - Aufnahmestelle Lebach laut Flüchtlingsrat immer noch „menschenunwürdig“

Lebach · Die Lebensbedingungen der Geflüchteten in der Landesaufnahmestelle in Lebach stehen seit Jahren in der Kritik. Mitglieder des Saarländischen Flüchtlingsrates und anderer gesellschaftlicher Organisationen haben das Lager nun wieder besichtigt. Ihre Meinung hat sich kaum geändert.

06.10.2023, 18:23 Uhr · 3 Minuten Lesezeit

Foto: dpa/Oliver Dietze

Von **Nils Straßel**
Reporter

Leben auf engstem Raum ohne Privatsphäre, lange Aufenthaltszeiten oder die Versorgung durch Lebensmittelpakete: Die Lebensbedingungen der Geflüchteten im Lager Lebach (Landkreis Saarlouis) stehen seit Jahren in der Kritik. Anlässlich des diesjährigen „Tag des Flüchtlings“ haben neben Mitgliedern des Saarländischen Flüchtlingsrates (SFR) auch Vertreterinnen und Vertreter der Aktion 3.Welt Saar, des Kinderschutzbundes Saarbrücken, des Paritätischen Rheinland-Pfalz/Saarland und der Seebrücke Saar das Lager besucht.

Auch vor dem Hintergrund, dass im Sommer neue Wohngebäude mit hunderten neuen Unterbringungsplätzen im Ankerzentrum eingeweiht wurden, wollten sich die Organisationen einen Eindruck verschaffen, ob sich die Lage für die Geflüchteten vor Ort verbessert hat. In einer Pressekonferenz nach der Begehung stellten sie ihr Fazit vor. Mit dem Ergebnis: Viel hat sich ihrer Meinung nach nicht getan.

Neue Wohnungen sind für Flüchtlingsrat keine große Verbesserung

Für SFR-Vorstandsmitglied Dilan Akdogan gilt der Vorwurf der „Kasernierung“ noch immer. Die Räumlichkeiten seien weiterhin zu eng für die rund 1000 Geflüchteten, die aktuell in Lebach wohnen. „Da haben auch die neuen Gebäude keine großartigen Verbesserungen gebracht“, sagte Akdogan.

Dilan Akdogan sitzt im Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrats. Nach einem Besuch der Landesaufnahmestelle in Lebach kritisierte sie die unveränderten Lebensbedingungen, die dort für Geflüchtete herrschen.

Foto: Nils Straßel

Roland Röder von der Aktion 3. Welt Saar ist leicht anderer Meinung. Nach mehreren Besuchen in der Landesaufnahmestelle könne er feststellen, dass die neuen Räumlichkeiten durchaus für eine akzeptablere Bad- und Wohnungssituation gesorgt haben. „Das gilt aber auch nur, wenn man nur eine kurze Zeit hier verbringt“, relativierte Röder. Alles über die angedachten zwei bis drei Monate hinaus sei dann doch wieder kaum zumutbar.

Die wichtigsten Kritikpunkte des Saarländischen Flüchtlingsrates

Allgemein konzentrierte sich die Kritik der Lager-Besucher weniger auf die Gebäudesituation, die kürzlich Schritte nach vorne gemacht hat, sondern mehr auf das Konzept „Landesaufnahmestelle Lebach“ an sich. Laut Flüchtlingsrat gebe es immer noch zu lange Aufenthaltszeiten – fast ein Drittel der Menschen wohne dort länger als ein Jahr. Kinderrechte würden mit mangelhaften Betreuungs- und Freizeitangeboten nicht genügend respektiert und der Fakt, dass noch immer Lebensmittelpakete statt Geldhilfen für die Verpflegung der Geflüchteten ausgegeben werden, verstoße gegen das Recht auf Selbstbestimmung.

Im Namen des Rates forderte Akdogan: „Geld statt Sachleistungen. Wohnungen statt Lager Lebach.“ Aktuell seien die Zustände im Ankerzentrum noch immer „menschenunwürdig“ und nur eine Integration in den umliegenden Kommunen eine gute Alternative.

Wieso Wohnungen nicht viel teurer als Lager-Unterbringungen seien

Auf die Frage, wie das bewerkstelligt werden könnte, wo Städte und Gemeinden doch jetzt schon über Flüchtlings-Überlastung klagen, antwortete Röder: „Man bräuchte erstmal eine seriöse Leerstandsanalyse, um herauszufinden wo Wohnraum geschaffen werden kann.“ Doch würde mehr Wohnungen nicht eine zu hohe Belastung für die Kommunen bedeuten?

SZ+ Zu Besuch in der Flüchtlingsunterkunft
78 Menschen untergebracht - so ist das Leben im „Containerdorf“ in Ensdorf

Neue Wohngebäude in Lebach fertig
Land investiert 35 Millionen Euro in Landesaufnahmestelle für Geflüchtete

Dazu gab Röder zu bedenken: „Einrichtung wie das Lager Lebach oder das Containerdorf in Ensdorf haben eine Verwaltung, einen Sicherheitsdienst und Kosten durch Bauprojekte. Davon abgesehen, dass ich denke, dass auf Bundesebene ohnehin genügend Geld da

wäre, sind das Ressourcen, die man stattdessen ins Anmieten von Wohnungen stecken könnte.“

Verschenken sie diesen Artikel an andere, die sich für das Thema interessieren. Einfach persönlichen Link kopieren und weiterleiten. Der Artikel kann dann gratis gelesen werden.

Link kopieren